

## Zürich

# Das Universitätsquartier will so bleiben, wie es ist

Wenn ein grosser Wurf auf Kleingeist trifft: Bei den Anwohnern kommen die Pläne für ein neues Hochschulquartier gar nicht gut an. Das zeigte sich an einem Informationsanlass.

Beat Metzler

Zürich - Grossandrang für ein Grossprojekt: Mindestens 200 Menschen - die meisten von ihnen Bewohner von Hottingen, Fluntern oder Oberstrass - wollten gestern Abend an der Universität mitreden, wie sich das Hochschulgebiet bis 2040 verändern soll.

So viele Zuhörer locken sonst nur Spitzenfächer an. Doch dann ist das Hörsaal-Publikum mindestens doppelt so jung und halb so aufmüpfig. Den Zuhörern passte gestern rein gar nichts von dem, was die Referenten vortrugen.

Streitgrund bildet die Planung für ein neues Hochschulquartier, die Kanton, Stadt, Universität und ETH letzten Herbst vorstellten. Es ist ein Stadterneuerungsprojekt von einem Ausmass, wie es in Zürich selten vorkommt. Für 6 Milliarden Franken soll die Nutzungsfläche von Universität, ETH und Unispital um 40 Prozent vergrössert werden. Zahlreiche neue Gebäude würden entstehen, eine neue Strasse, neue Pärke und Plätze. Mehrere denkmalgeschützte Gebäude müssten Neubauten weichen. Momentan befinden sich die Pläne im Kantonsrat. Konkrete Architekturprojekte stehen noch nicht.

Erst durften die Verantwortlichen ihre Arbeit anpreisen: Vor über 100 Jahren seien Zürich mit den «Kronenbauten» von Uni und ETH zwei grosse Würfel gelungen, sagte Baudirektor Markus Kägi (SVP). Nun sei es erneut Zeit, einen grossen Wurf zu wagen. Davon profitieren nicht nur ETH, Uni und Spital, deren Entwicklung und Zusammenarbeit erleichtert würden. Dem Quartier garantiere der Masterplan (Aussprache Kägi: «Maschterplan») bessere Freiräume und eine bessere Erschliessung.

Stadtrat André Odermatt (SP) sagte, dass eine solche Ballung von Wissen und Forschung an zentralster Stadtlage weltweit beinahe einzigartig sei. Der Campus sei von Beginn weg «mit dem Quartier» gedacht und nicht als abgeschottetes Gebilde geplant worden. Die Verdichtung werde deshalb mehr Lebendigkeit und mehr Urbanität bringen. Im Quartier solle sich ein vielseitiges öffentliches



Aufstrebende Neubauten: So soll der nördliche Teil des Hochschulquartiers in 30 Jahren aussehen. Visualisierung: PD

Leben entwickeln, das abends nicht mit dem Vorlesungsschluss endet.

## Zu laut, zu hoch, zu dreckig

Der grosse Wurf traf bei den Anwesenden ausschliesslich auf Skepsis. Niemand wollte einstimmen ins magistrale Schwärmen, fast alle Aspekte wurden kritisiert: Das «inhumane» Projekt brauche zu viel Platz, nehme keine Rücksicht auf das Quartier. Die geplanten Gebäude versperrten den Anwohnern die Sicht, überragten viele bestehende Häuser. Die Politik könne nicht nachweisen, dass es einen solchen Ausbau mitten im Stadtzentrum brauche. Durch die Bauarbeiten entstünden jahrzehntelang viel

Lärm und viel Dreck. Und die Verkehrserschliessung könne aufgrund der Menschenmassen nicht funktionieren.

Misstrauen herrscht auch gegenüber der «Wohnraum-Rückführung». Der Kanton verspricht, Dutzende Wohnhäuser, die derzeit von der Universität besetzt werden, freizugeben, um sie wieder zum Wohnen zu nutzen. Daran glauben die wenigsten. Ähnliches sei schon beim Bau der Uni Irchel versprochen worden. Geändert habe sich nichts.

Markus Kägi und André Odermatt versprachen, sinnvolle Bedenken der Anwohner zu berücksichtigen. Man werde die Baustellen so organisieren, dass sie möglichst wenig störten. Die

Erschliessung lasse sich mit dem öffentlichen Verkehr bewältigen, der Hauptbahnhof liege ja nicht weit. Die räumliche Nähe von Uni, ETH und Spital fördere Innovationen, viele Städte beneideten Zürich um diesen «Trumpf».

Weil solche Argumente wenig bewirkten, wurde Markus Kägi grundsätzlich kritisiert: «Wir wollen kein Ballenberg hier. Fortschritt ist immer mit Lärm verbunden. Und auch das Haus, in dem Sie wohnen, musste einmal gebaut werden.»



Dossier Grosse Pläne im Zentrum Zürichs

campus.tagesanzeiger.ch

## Killias präsidiert den Heimatschutz

Mit dem Strafrechtsprofessor Martin Killias bekommt der Zürcher Heimatschutz einen prominenten neuen Vorsitzenden.

Zürich - Die Öffentlichkeit kennt Martin Killias als Experten fürs Strafrecht. Ob Beat Schlatter verprügelt oder Carlos eingesperrt wurde: Professor Killias lieferte die Einschätzung.



M. Killias.

Künftig wird er sich auch zu einem ganz anderen Thema äussern: zu alten, vom Abriss bedrohten Häusern. Die Mitglieder des Zürcher Heimatschutzes haben den 67-Jährigen zum neuen Präsidenten gewählt. Nötig wurde die Wahl, weil sein Vorgänger Thomas M. Müller im letzten November überraschend zurücktrat. Grund war ein Konflikt im Vorstand. «Mein Rücktritt gäbe Stoff für eine griechische Tragödie her», sagte Müller. Konkreter wurde er nicht. Er war seit Januar 2012 im Amt. Damals wurde fast der ganze, zerstrittene Vorstand abgewählt.

Killias schreibt in einer Mitteilung, er setze sich seit langem für Heimatschutzanliegen ein. Als «Nicht-Architekt ohne nähere Kenntnisse im Bauwesen» gehöre er keiner Fraktion innerhalb des Heimatschutzes an. Er sehe diesen als «Lobby der alten Steine». Wie wichtig diese seien, habe er in China erlebt. Dort werde so viel abgerissen, dass die Menschen «geradezu süchtig» seien nach allem, was an eine andere Zeit erinnere. Mit seiner Rechtfertigung könne er den Heimatschutz bei seinen Einsparungen unterstützen. Die Anzahl Rekurse, die der Heimatschutz anstösst, ist in den letzten Jahren gestiegen. Dies sei vor allem eine Folge der «intensiven Bautätigkeit und der zunehmenden Verdichtung, die viele überkommene Baustrukturen bedroht». Killias will das Gespräch mit den betroffenen Grundeigentümern suchen und sich bei den Rekursen auf das Wesentliche konzentrieren.

Martin Killias hat seit seiner Pensionierung als Strafrechtsprofessor an der Universität Zürich vor zwei Jahren eine Gastdozentur an der Universität St. Gallen. Er ist SP-Mitglied und kandidierte 2011 erfolglos für den Nationalrat. (bat)

## Gestern im Gemeinderat

### Derek Richter für Roland Scheck

Für die SVP sitzt neu Derek Richter im Gemeinderat. Er ersetzt Roland Scheck, der seit August 2011 auch Mitglied im Kantonsrat ist und in diesem Frühling wiedergewählt wurde. Scheck war fünf Jahre lang im Zürcher Gemeinderat und seit 2013 Vizefraktionschef.

### Beiträge für Insieme

Der Gemeinderat hat dem Verein Insieme Zürich Stadt und Bezirk Meilen, der sich für Menschen mit Behinderungen einsetzt und für diese in Zürich einen Treff betreibt, Beiträge für die Jahre 2015 bis 2018 zugesichert. Der Verein erhält für 2015 maximal 66 000 Franken, danach maximal 89 000 Franken. Im Namen der SVP forderte Samuel Balsiger, Verluste mit Kürzungen bei den Löhnen der Geschäftsleitung aufzufangen und im Gegenzug auf höhere Preise für Mahlzeiten und Getränke im Insieme-Treff zu verzichten. Die Geschäftsleitung des Vereins wurde gerügt, dass sie zuerst nicht die richtigen Zahlen geliefert hatte.

### Laufbahnzentrum bleibt

Das Laufbahnzentrum der Stadt Zürich (LBZ) soll nicht in das kantonale Netz der regionalen Berufsinformationszentren (BIZ) integriert werden. Der Rat hat ein entsprechendes Postulat von Roberto Bertozzi und Samuel Balsiger (beide SVP) abgelehnt. Diese wollten mit der Massnahme erreichen, dass die Stadt 10 Millionen Franken spare. Ein Änderungsantrag der FDP hatte ebenfalls keine Chance. Sie schlug vor, dass der Stadtrat überprüft, ob und wie das LBZ in das BIZ eingebunden werden könnte. Die Ratslinke war dagegen, die AL enthielt sich der Stimme. (zet)

## Stadt soll den Ausgleich der Soziallasten forcieren

Der Zürcher Gemeinderat ist sich mit dem Stadtrat einig: Im Kanton braucht es einen Ausgleich der Soziallasten. Die SVP nutzte die Diskussion für einen Rundumschlag.

Thomas Zemp

Zürich - Einen Entscheid zum Soziallastenausgleich hat der Gemeinderat gestern nicht gefällt, trotz heftiger Diskussion mit ein paar gehässigen Zwischenrufen. Abstimmen konnte das Parlament auch gar nicht: Der Stadtrat hatte nämlich nur eine Antwort auf eine Interpellation von Cordula Bieri (Grüne) und Markus Baumann (GLP) vorgelegt. Und über Interpellationen stimmt der Rat nicht ab. Die Antwort war auch nicht sonderlich überraschend. Von Sozialvorsteher Raphael Golta (SP) weiss man, dass er für einen solchen Ausgleich einsteht. Doch über die Einführung können weder er mit dem Stadtrat noch der Gemeinderat bestimmen, das wäre Sache des Kantons. In den Voten wurde er von Gemeinderäten fast aller Fraktionen denn gebeten, sich mit anderen Städten zu verbünden und politisch auf einen Ausgleich hinzuwirken.

Die SVP nutzte das Thema zu einem Rundumschlag gegen die Politik der Stadt Zürich. Dazu schickte sie Samuel Balsiger vor, den Parteipräsident Roger Liebi Ende letzten Jahres als «Talent» bezeichnete und den er nun offensichtlich zu einem der führenden Köpfe in der Stadt aufbauen will. Balsiger äusserte

sich gestern gleich zu allen behandelten Geschäften im Rat.

Der 32-jährige Kundendienstmitarbeiter sagte, die stadträtliche Antwort zeige die «Arroganz, Ignoranz und Verantwortungslosigkeit» der linken Zürcher Politik. Diese werde der heutigen Jugend eine «Schuldensuppe hinterlassen, die diese auslöffeln muss». 15 Milliarden Franken wolle die Stadt für den Sozialwohnungsbau ausgeben - 100 Millionen Franken davon für die «luxuriösen Sozialwohnungen» im Seefeld. Damit bewirtschafte die rot-grüne Politik die eigene Klientel und sichere sich so ihre eigenen Stimmen - nicht zuletzt auch mit der Masseneinwanderung, die es zu stoppen gelte. «Im Seefeld verpassen wir die Chance, gute Steuerzahler nach Zürich zu locken.» Alle Städte mit einer linken Regierung stünden am finanziellen Abgrund. Niklaus Scherr (AL) Kommentar zu Balsigers Votum: «Unqualifiziert auf den Putz gehauen.»

### Solidarische Verteilung

Stadtrat Golta sagte, dass die Stadt bei den Sozialkosten selber kaum etwas unternehmen könne: «Das liegt nicht im Einflussbereich der Gemeinden.» Die



«Später muss die Jugend die Schuldensuppe auslöffeln.»

Samuel Balsiger Gemeinderat (SVP)

Lasten bei der Sozialhilfe seien im Kanton Zürich jedoch ungerecht verteilt. Fast alle anderen Kantone hätten ein solides Modell zum Ausgleich. Und dass nur linke Städte unter den Soziallasten leiden würden, stimme nicht. Er nannte als Beispiel das bürgerlich regierte Dietikon, das mit grossen Problemen zu kämpfen habe.

Wie sich der Stadtrat einen Ausgleich vorstellen könnte, schreibt er in seiner Antwort: Ein grösserer Teil könnte über die Staatssteuern statt über die Gemeindesteuern finanziert werden, womit die effektiven Kosten solidarisch auf alle Steuerzahler verteilt würden.

Interpellant Bieri sagte, die Sozialkosten würden derzeit heftig diskutiert, die Ausgaben für die Sozialhilfe machten dabei nur den kleinen Anteil von 2,6 Prozent aus. Am höchsten seien die Anteile für das Alter und die Gesundheit. Die Gemeinden gerieten immer stärker unter Spardruck - und damit auch die Sozialhilfe. Mitinterpellant Markus Baumann sagte, die Schere zwischen reichen und armen Gemeinden würde sich immer mehr öffnen, es dürfe in diesem Bereich aber nicht zu einem Wettbewerb unter den Gemeinden kommen.



«Die Soziallasten sind derart ungerecht verteilt - das kann nicht gut gehen.»

Raphael Golta Stadtrat (SP)

## Mit 70 km/h durch die Tempo-30-Zone

Zürich - Die Stadtpolizei hat am Dienstag bei einer Tempokontrolle an der Riedenhaldenstrasse (Kreis 11) einen Autofahrer erwischt, der statt der erlaubten 30 mit 70 km/h fuhr. Der 20-jährige Schweizer wollte fliehen, konnte aber kurz darauf gestoppt werden. Er hatte das Auto seines Vaters entwendet und fuhr trotz Entzug des Führerausweises. Er hat Glück im Unglück: Die gemessene Geschwindigkeit betrug 70 km/h brutto. Je nach Messgerät werden Toleranzmargen von 3 und 5 km/h abgezogen. Somit fällt der Lenker nicht unter die Kategorie Raser. Diese wäre in einer Tempo-30-Zone dann der Fall, wenn er mindestens 40 km/h schneller fahren würde. Raser wird das «Billet» für mindestens 2 Jahre entzogen, und sie erhalten eine Strafe zwischen 1 und 4 Jahren. (hoh)

## Die Ecke

### Flipflop

Der Mann steht am Seeufer und führt einen seltsamen Tanz auf: Er hüpfert auf dem rechten Fuss, das linke Bein streckt er fast waagrecht nach vorn, derweil er mit dem linken Fuss auf und ab wackelt. Man sieht ihm zu, rätselt. Freude über die Aussicht? Regentanz? Balzgehebe? Immerhin steht eine schöne Frau neben ihm. Doch nein, jetzt zieht er seinen Flipflop aus, schüttelt ihn, zieht ihn wieder an, geht weiter. Es war ein Steinchen drin. (leu)